

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 07.11.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:52 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Johanna Bergstein CDU

Mitglieder

Jochen Peter Lüchau CDU

Alina Schultz CDU

Sabine Zedler CDU

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Lothar Kassemek SPD

Lars-Arne Klintworth SPD

Angela Drewes WSI

Klaus Koschnitzke FDP

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Verwaltung

Gernot Kaser Bürgermeister

Karl-Heinz Grass Fachdienstleitung 2-61

Elisabeth Hoppe Fachdienst 2-61 zu TOP 5

Katrin Matthies Protokollführung

Abwesend

Jugendbeirat

Finn Justus Bödding Jugendbeirat entschuldigt

Seniorenbeirat

Gabriele Winter Seniorenbeirat entschuldigt

Gäste:

6 Einwohner*innen

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

2 stellvertretende Ausschussmitglieder (nicht stimmberechtigt)

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Im Anschluss verpflichtet sie das bürgerliche stellvertretende Ausschussmitglied Herrn Koch zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten und zur Verschwiegenheit und führt ihn in sein Amt ein.

Der Jugendbeirat hat seinen Antrag (ANT/2023/020) für die heutige Sitzung zurückgezogen, da der Vertreter - ebenso wie die Vertreterin des Seniorenbeirates - heute nicht teilnehmen kann. Der Antrag wird im Dezember neu gestellt werden. Daher wird der Tagesordnungspunkt 6 gestrichen.

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 12.09.2023
- 4 Haushaltssatzung 2024 BV/2023/132
- 5 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
- 5.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 5.2 Sanierungsgebiet Stadthafen Wedel BV/2023/141
hier: Priorisierung der Maßnahmen zur Umgestaltung des Strandbads
- 6 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Bericht der Verwaltung
- 6.2 Anfragen der Politik
- 6.3 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 7 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 12.09.2023
- 8 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 8.1 Bericht der Verwaltung
- 8.2 Anfragen der Politik
- 8.3 Sonstiges

Öffentlicher Teil

- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Umweltbeirat hat nichts zu berichten.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 12.09.2023

Es liegen keine Anmerkungen vor, auf Nachfrage der Vorsitzenden wird dem Protokoll einstimmig zugestimmt.

4 Haushaltssatzung 2024

BV/2023/132

Die Vorsitzende ruft die einzelnen Produkte auf.

Stadt- und Landschaftsplanung: Die CDU-Fraktion möchte die Planungskosten für die Machbarkeitsstudie Sport trifft Kultur in Höhe von 50.000 Euro streichen.

Die WSI-Fraktion würde dem Antrag folgen, da voraussichtlich in den nächsten Jahren kein Geld für den Bau eines solchen Hauses zur Verfügung stünde, die FDP-Fraktion stimmt dieser Meinung zu. Die CDU-Fraktion wird einen entsprechenden Antrag für die Dezember-Sitzung stellen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet um Erläuterungen zum Prozedere, das hinter dem Ansatz von 3.000 Euro für Ausgleichsflächen steht und der Beteiligung der Bauherren. Herr Grass erläutert, dass die 3000 Euro nicht der Finanzierung von Ausgleichsmaßnahmen dienen, sondern lediglich zur Absicherung eingestellt sind, falls für kleinere unvorhergesehene investive Maßnahmen Haushaltsmittel benötigt werden. Produkt Hafen: Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt Bauordnung: Es werden keine Fragen gestellt.

ÖPNV: Es werden keine Fragen gestellt.

Regionalpark: Es werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schlägt die Vertagung der Beratung auf Dezember vor, dem wird einstimmig zugestimmt.

5 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

5.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet, dass die Auflastung für den 2. Bauabschnitt der Ostpromenade erfolgt ist und die Baustelle winterfest gemacht wurde.



5.2 Sanierungsgebiet Stadthafen Wedel

hier: Priorisierung der Maßnahmen zur Umgestaltung des Strandbads

BV/2023/141

Die Vorsitzende weist auf die neue Beschlussvorlage mit der Priorisierung der Maßnahmen hin.

Die SPD-Fraktion begrüßt die neue Vorlage, hat jedoch fraktionsintern lange über die geplante Wetterschutzüberdachung diskutiert. Bereits heute gebe es Klagen der anwohnenden Bevölkerung über die vielen Jugendlichen im Bereich der Grillstellen, es sei zu befürchten, dass ein Wetterschutz dieses Problem verstärken könnte. Insgesamt wird dem Beschlussvorschlag jedoch gefolgt, insbesondere die barrierefreie Rampe werde als sehr wichtig erachtet.

Die FDP-Fraktion folgt dem Vorschlag, dass die Zufahrt ehemals Hakendamm wiederhergestellt werden sollte, erachtet jedoch alle anderen Punkte als nicht zwingend notwendig. Angesichts der Tatsache, dass auf Grund der finanziellen Situation der Stadt über die Schließung von Spielplätzen diskutiert würde, sollte hier deutlich gespart werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dankt der Verwaltung für die klare Darstellung in der Vorlage und würde dem Priorisierungsvorschlag der Verwaltung folgen. Auch der Wetterunterstand sei wichtig, da die Jugendlichen in Wedel wenig andere Möglichkeiten für Aufenthaltsflächen haben. Auch die barrierefreie Rampe sei für die Fraktion gesetzt, es sei jedoch zu überlegen, ob nicht zusätzlich die Treppe realisiert werden sollte, um weiteres Laufen über den Deich zu verhindern.

Frau Hoppe bestätigt, dass dies von Seiten der Verwaltung befürwortet werden würde. Hier sollte jedoch ein Minimalkonzept vorgelegt werden, daher wurde die barrierefreie Rampe bevorzugt.

Die WSI-Fraktion sieht die Situation ähnlich wie die FDP-Fraktion. Natürlich sei es wichtig, die Zufahrt wiederherzustellen, allerdings sollte erneut geprüft werden, ob auch externe Verursacher (z.B. Hotel) an den Kosten beteiligt werden könnten. Zudem würden die Kosten recht hoch erscheinen, es wäre interessant zu erfahren, was dort passieren soll. Zudem könnte vielleicht noch der Umsetzung des Pflanzkonzeptes zugestimmt werden. Bezüglich des Wetterschutzes wäre der Jugendbeirat zu befragen, was hierzu für Vorstellungen vorliegen. Bezüglich der Barrierefreiheit und angesichts der hohen Kosten der Rampe über den Deich wird auf die Zugangsmöglichkeiten im Bereich der Fluttore hingewiesen, zudem gebe es im Bereich des SVWS einen Zugang, der vermutlich mitgenutzt werden könnte. Der entstandene Trampelpfad über den Deich könnte beseitigt werden, dann würde vermutlich auch kein Neuer entstehen. Daher werden diese Maßnahmen angesichts der Haushaltssituation nicht befürwortet.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit dem Vorschlag der fünf Maßnahmen durch die Verwaltung sehr zufrieden, insbesondere angesichts der Finanzierung über das Treuhandkonto und der Beteiligung von Bund und Land. Sollten die Maßnahmen in die Zukunft verlagert werden, würden diese deutlich teurer werden, daher wird dafür plädiert, die nun vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen. Zu beachten sei auch, dass eingesparte Gelder nicht für eine sofortige Unterstützung des Haushaltes zur Verfügung stünden, sondern erst zu einem Drittel nach der Endabrechnung aller Maßnahmen, voraussichtlich also erst 2027/2028.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist erneut darauf hin, dass eine Treppe zur Deichsicherung beitragen würde. Die Bürger*innen würden derzeit mit den Füßen abstimmen, welcher Weg ins Strandbad bevorzugt wird. Wenn der Zugang nicht gebraucht würde, wäre der Trampelpfad schon längst zugewachsen. Durch die Schaffung des neuen Parkplatzes sei hier jedoch ein Bedarf entstanden. Der Weg zu den anderen barrierefreien Zugängen sei für Behinderte schwer zu bewältigen.

Die WSI-Fraktion bezweifelt, dass die Mittel des Treuhandkontos ausreichen werden, denn auch der 2. Bauabschnitt der Ostpromenade und das Hafenmeisterhaus seien noch daraus zu finanzieren. Die Auffassung, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden sollen, wird nicht geteilt, alle Sparoptionen sollen angeschaut werden. Auch die Mittel von Bund und Land seien letztlich Steuergelder.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass eine barrierefreie Rampe eine gewisse Neigung aufweisen muss und erinnert an die noch entstehenden Wohnungen und die mögliche Kita in diesem Bereich. Und auch wenn die Herstellung eines funktionsfähigen Basketballbereichs keine Pflicht sei, könne hier mit verhältnismäßig wenig Geld ein Bedarf der Kinder und Jugendlichen erfüllt werden. Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten, ob die Mittel auf dem Treuhandkonto für die vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichen werden. Herr Grass erläutert, dass sich die Mittel auf dem Treuhandkonto aus verschiedenen Zahlungen zusammensetzen, zum einen von Stadt, Land und Bund und zum anderen aus der Sanierungsabgabe, die von den Grundstückseigentümern im Sanierungsgebiet nach Abschluss der Maßnahme zu zahlen sind. Dadurch werden die Mittel bis zur Schlussrechnung ausreichen.

Für die FDP-Fraktion ist das Vorhandensein der Mittel kein Argument. Es sollte erneut überlegt werden, den Investor der Strandbadhöfe an den Maßnahmen zu beteiligen, beispielsweise an der Aufrüstung des Spielplatzes. Vieles sei wünschenswert in der Stadt, aber der Haushalt müsse auch genehmigungsfähig sein.

Die CDU-Fraktion weist erneut darauf hin, dass diese Maßnahmen nicht den Haushalt 2024 tangieren.

Die WSI-Fraktion erwidert, dass auch in den nächsten Jahren gespart werden müsse, das Finanzproblem sei nicht in einem halben Jahr erledigt. Es werden auch steigende Folgekosten durch erhöhten Pflegeaufwand befürchtet, da der Spielplatz selbst bei kleineren Sturmfluten geflutet werde. Durch die Rampe zum Wasser könnte das Wasser noch schneller auf den Spielplatz gelangen. Vermutlich würde die Rampe auch schnell beschädigt werden und die Reparatur verursache neue Kosten.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Verwaltung den Bauhof um eine Einschätzung gebeten habe, der keinen erhöhten Pflegeaufwand gesehen habe. Das müsse dann auch so akzeptiert und nicht behauptet werden, die Aussage wäre falsch.

Herr Grass erläutert, dass der geplante Steg zum Strand keine Rampe werde. Ob hier bei einer Flut irgendwann ein Schaden entstehen könnte, kann im Flutbereich eines Gewässers nie ausgeschlossen werden. Jedoch sei allen Planern und ausführenden Firmen die besondere Lage bewusst und werde bei den Überlegungen berücksichtigt. Der Bauhof hat eine Einschätzung zur normalen Standard-Unterhaltung-/Pflege des Bereiches abgegeben. Mögliche zukünftige Reparaturen sind daher nicht berücksichtigt, aber auch nicht vorhersehbar. Dennoch könne dies kein Argument sein, um in diesem Bereich keine Maßnahmen umzusetzen.

Die CDU-Fraktion unterstützt die Aussage, der vorliegende Beschlussvorschlag sei deutlich reduziert gegenüber der ursprünglichen Vorlage. Natürlich könnte auch der vorgeschlagene Weg, Unterstützungsgespräche mit Investoren und Wedeler Firmen zu führen, zusätzlich gegangen werden, aber zunächst sei die Entscheidung die Aufgabe der Politik. Die Verwaltung habe sich viele Gedanken gemacht, die CDU wird dem Beschlussvorschlag daher folgen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist darauf hin, dass die Überdachung nicht nur von jungen Menschen, sondern auch von Familien und älteren Menschen genutzt werden könne. Es wird die Frage gestellt, wie gesichert die genannten alternativen Fördermöglichkeiten für die Fahrradabstellplätze sind. Die vorhandenen Bügel müssten teilweise dringend erneuert werden. Möglicherweise könnten profitierende Unternehmen wie das Hotel und die Restaurants beteiligt werden.

Herr Grass erinnert an die Fahrradbügel für die Bahnhofstraße, diese Fördermöglichkeit würde die Verwaltung auch hier versuchen zu nutzen. Die neuen Fahrradbügel sollen auf öffentlicher Fläche aufgestellt werden, zudem befänden sich bereits neben dem Hotel andere Fahrradabstellmöglichkeiten. Auch müssten dann mit allen Nutznießern (z.B. dem Beachclub) entsprechende Gespräche geführt werden, das wird als schwierig erachtet. Bezüglich der Beteiligung von Investoren an dem Spielplatz sei zu bedenken, dass bei Wohnbauvorhaben häufig Spielplätze für kleinere Kinder geschaffen werden, die möglichst nah am Gebäude liegen sollen.

Die Vorsitzende verliert den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt die Planungen zur Städtebaulichen Sanierungsmaßnahme „Umgestaltung des Strandbads“ mit folgenden Einzelmaßnahmen:

- Wiederherstellung Zugang & Zufahrt Hakendamm
- Barrierefreie Rampe
- Übergang zum Strand
- Pflanzkonzept gegen Sandeintrag
- Herstellung eines funktionsfähigen Basketball-Bereichs und einer Wetterschutzüberdachung

in einer Herstellungssumme von € 540.000 € netto fortzuführen und umzusetzen.

Die Mehrwertsteuer sowie die Baunebenkosten würden die Gesamtkosten für alle o.a. Maßnahmen auf rd.800.000 €/brutto komplettieren.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	1	1
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
FDP-Fraktion	0	0	1

6 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

6.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

6.2 Anfragen der Politik

Die SPD-Fraktion reicht eine Anfrage zum Possehl-Gelände ein, den Herr Kassemek erläutert. Es habe viele Anfragen von vielen Bürgern zum Possehl-Gelände gegeben. Dabei werde immer wieder die Frage gestellt, warum die Stadt nichts unternehme. Der Zustand des Geländes sei eine Katastrophe und ein Schandfleck an der Orteinfahrt. Dies sei ein wiederkehrendes Thema, der Besitzer sei mehrfach aufgefordert worden, das Gebäude abzureißen, jedoch passiere nichts.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen unterstützt den Wunsch, das Gebäude zu beseitigen. Herr Kaser berichtet von einem Gespräch, dass er vor 14 Tagen mit dem Investor Herrn May geführt hat. Dieser wolle an der Stelle etwas Neues schaffen, das entsprechende Konzept wurde bereits vor der Kommunalwahl Teilen der Politik vorgestellt. Die Idee wurde unterschiedlich aufgenommen, es gab differenzierte Befindlichkeiten. Herr May halte jedoch an diesem Konzept fest. Möglicherweise könnte es in der Dezember-Sitzung des Planungsausschusses präsentiert werden, damit die Mitglieder sich eine Meinung bilden können. Geplant ist an dieser Stelle ein sehr großer Supermarkt mit einem multifunktionalen Kino im Obergeschoss. Zudem sei ein Storycenter für Lagerung geplant. Auch wenn es an dieser Ecke bereits viele Supermärkte gebe, halte der Investor an dieser Idee fest.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erinnert an eine frühere Idee, die Fläche für produzierendes Gewerbe zu nutzen. Nachdem so viele Jahre nichts vorangegangen sei, sollte

eigentlich zunächst das Gelände freigemacht werden, bevor neue Diskussionen aufgenommen werden.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die derzeitige Situation viel Gefahrenpotenzial birgt. Kindergruppen würden auf dem Dach spielen und es habe wiederholte Feuerwehreinsätze gegeben. Gerne könne der Investor erneut nach dem Abriss gefragt werden.

Die Vorsitzende schlägt vor, dem Investor im Dezember die Gelegenheit zu geben, das Projekt vorzustellen. Dann bestünde die Möglichkeit ins Gespräch zu kommen und entsprechende Fragen zu stellen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen regt an, in den zwei Jahren, in denen auf Grund des Bürgerentscheides die Planung für Wedel Nord nicht weiterbetrieben werden kann, für Gespräche zu nutzen, wie zukunftsfähiges Wohnen in Wedel gestaltet werden kann. Dabei sollten Aspekte wie Demographie, Klimaschutz und Quartiersentwicklung berücksichtigt werden. Gerne könne als Vorbild die Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes genommen werden, wenn auch vielleicht nicht vollumfänglich, so doch mit einer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Kaser unterstützt diesen Wunsch. Zukünftig sollte der Gedanke der Stadtentwicklung weiter gegriffen werden. Man müsse sich von Seiten der Stadt Gedanken machen, wie in Wedel etwas wie Quartiersentwicklung geschaffen werden könnte. Man müsse konstruktiv denken, wie die Stadt gebaut werden soll, mit einem höheren, weitergreifenderen Ansatz von Stadtentwicklung.

Die WSI-Fraktion unterstützt den Ansatz der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, es müsse jedoch auch berücksichtigt werden, was städtisches Wachstum der Stadt bringe und was es koste. Zudem könne es nicht nur um Neubaugebiete gehen, sondern auch die bestehenden Quartiere müssen in den Blick genommen werden, um diese zukunftsfähig und klimafest zu gestalten.

Herr Grass erinnert an die Entwicklung vieler Quartiere in den letzten Jahren (z.B. Adlershorst, Galgenberg/Am Rain, Bonava, Altstadtquartier), bei denen viele zukunftsweisende Ideen berücksichtigt wurden, beispielsweise die oberflächennahe Entwässerung. Insofern sei die Stadt in diesem Bereich alles andere als untätig gewesen. Für eine echte Gestaltungsmöglichkeit bestehe jedoch das Problem der Flächenverfügbarkeit, letztlich handele es sich immer um fremdes Eigentum, das überplant werde. Daher konnte in den Gesprächen mit den Investoren viel erreicht werden, aber auch viel gefordert, z.B. im Hinblick auf den sozial geförderten Wohnungsbau. Ein umfassendes Konzept mache sicherlich Sinn, aber auch bisher wurde vieles bewegt.

Die WSI-Fraktion kann dies bestätigen, es sind tolle Projekte auf den Weg gebracht worden. Aber dennoch könne man überlegen, ob weitere fortschrittliche Konzepte gefunden werden können.

Selbstverständlich sei dies auch in den Altquartieren der Stadt wegen der Eigentumsverhältnisse schwierig, vielleicht könnten Ideen gefunden werden. Beispielsweise könnte das Möller-Gelände so attraktiv für ältere Menschen gestaltet werden, dass diese in die zentrale Lage ziehen und größeren Wohnraum in den Randgebieten für Familien freimachen. Dennoch sei die bisherige Arbeit der Verwaltung in diesem Bereich super und die Mitarbeitenden zu loben.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen unterstützt das Lob für die bisherigen Projekte die entstanden sind. Es solle auch weniger um Großprojekte oder Verhandlungen mit Investoren gehen, sondern eher um kleinere Workshops mit Beteiligung der Bevölkerung. Zum Beispiel zu der Frage, ob Menschen bereit wären, im Alter die Wohnform zu wechseln.

Die CDU-Fraktion sieht angesichts der schwierigen Bedingungen derzeit in der Baubranche und den unsicheren energetischen Vorgaben für die Zukunft derzeit wenig Spielraum. Sowohl die Investoren als auch die Bürger*innen hätten derzeit wenig Impulse, aktiv zu werden. Durch die Haushaltssituation seien auch keine finanziellen Anreize durch die Stadt möglich.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte dennoch die Zeit nutzen, um mit der Bevölkerung allgemein zum Wohnen in Wedel und zur Quartiersplanung ins Gespräch zu kom-

men, so könne ein deutliches Votum der Bürger*innen aufgenommen werden.

Herr Grass unterstützt grundsätzlich den Gedanken, bevor jedoch tiefer in das Thema eingestiegen würde, müsste ein grundsätzlicher Rahmen besprochen werden. Möglicherweise könnte dies in der AG Wohnungswirtschaftlicher Dialog geschehen. Dort könnte intern, gerne unter Beteiligung der entsprechenden Beiräte, geklärt werden, welche Erwartungen die Politik an solche Konzeptgedanken hat. Zudem wäre dann zu prüfen, welche Leistungen die Verwaltung beisteuern kann, auch ohne Wedel Nord würden ausreichend Projekte bearbeitet werden. Die schwierige Situation im Bausektor wurde bereits angesprochen, hier muss überlegt werden, welche Erwartungen realistisch sein könnten. Dann könnte darüber im Planungsausschuss beraten werden.

Die Vorsitzende macht den Vorschlag, dass die Verwaltung zur übernächsten Sitzung einen Vorschlag unterbreitet, wie dieses Thema weiter beraten werden könnte.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen greift das Stichwort der weiteren Projekte auf und regt an, auch Investoren, die bereits Projekte vorgestellt hatten, bezüglich weitere Ideen anzusprechen, z.B: Im Winkel. Zudem soll durch die gemeinsamen Überlegungen nicht viel Arbeit entstehen oder Eigentümer*innen belasten. Es gehe eher darum, z.B. die Bevölkerung zu fragen, an welchen Wohnformen Interesse bestehen würde. Die Bürgerbeteiligung stünde im Vordergrund.

Die CDU-Fraktion hat Zweifel, dass das Ergebnis des Bürgerentscheides wirklich bedeutet, dass alle Befürworter die Bebauung von Wedel Nord ablehnen, es sei eher der Eindruck entstanden, dass viele wegen der Sorge vor einem Verkehrskollaps entsprechend abgestimmt hätten. Vielleicht ließen sich durch Gespräche mit der Bevölkerung auch hierzu neue Ideen finden.

Herr Kaser erinnert daran, dass in den Wahlprogrammen aller Parteien vor der Kommunalwahl die Förderung von familiengerechtem Wohnen enthalten gewesen ist. Darüber hinaus seien auch weitere Zielgruppen (z.B. altersgerechtes Wohnen und Wohnmöglichkeiten für Studenten) zu berücksichtigen. Ein strategisches Vorgehen wäre hier gut.

Die Vorsitzende bittet die Verwaltung, in der übernächsten Sitzung einen Verfahrensvorschlag zu machen.

6.3 Sonstiges

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte um 19:20 Uhr aus.

Öffentlicher Teil

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her, im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:52 Uhr.

Vorsitz:

gez. Bergstein

Johanna Bergstein

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

